

Foto: transit/Polentz

Auch wenn sie zum Gipfel streben – das Endziel Lehrstelle bleibt für immer mehr junge Leute unerreichbar.

WIE DIE ERSTÜRMUNG EINES ACHTTAUSENDERS?

Umlagefinanzierung soll mehr Ausbildungsplätze sichern

Lehrstellensuche wird hierzulande immer schwieriger. Die ver.di-Jugend verglich sie Ende September im Rahmen einer gewerkschaftlichen Aktionswoche mit einer Gipfelerstürmung voller Hindernisse. Mit einer Kletterwand, verschiedenen Infoständen, einer Passantenabstimmung oder Spendensammlungen für die Arbeitgeber machte sie auf die prekäre Ausbildungsplatzsituation aufmerksam. Ein „Leidensweg der beruflichen Bildung“ führte jugendliche Demonstranten am 20. September durch Berlins Mitte. ver.di fordert endlich Taten für mehr Ausbildungsplätze und ein Bundesgesetz zur solidarischen Finanzierung der dualen Berufsausbildung – jetzt!

Mehr als 100 000 Ausbildungsplätze fehlen noch immer für das gerade begonnene Ausbildungsjahr. Im August waren nach der offiziellen Statistik noch 167 000 Schulabgänger ohne Lehrstelle. Dem standen nur 54 600 unbe-

Akute Zuspitzung des Lehrstellenmangels

setzte Stellen gegenüber. Es ist davon auszugehen, dass auch bis zum Jahresende viele junge Leute weiter unvermittelt sein werden. Gibt es doch mittlerweile bundesweit auch über eine halbe Million Arbeitslose unter 25 Jahren. Im Rahmen der DGB-Aktionswoche zur Berufsausbildung machte

ver.di-Vizechef Frank Werneke darauf aufmerksam, dass allein in der Hauptstadt noch 12 000 Schulabgänger ohne Ausbildungsvertrag sind.

Besonders drastisch sei der Rückgang betrieblicher Ausbildungsplätze. Nur noch 30 Prozent aller ausbildungsfähigen Betriebe, so Werneke, stellen überhaupt Lehrstellen zur Verfügung. In den letzten beiden Jahren seien „rund 86 000 Lehrstellen und damit jeder sechste betriebliche Ausbildungsplatz vernichtet“ worden. Das betraf auch die Dienstleistungsbranche. Ein Weg aus der Misere, für den sich auch ver.di stark macht, ist eine verbindliche Umlagefinanzierung für Ausbildung, die alle Unternehmen, Ver-

waltungen und Institutionen an die Bundesanstalt für Arbeit zu entrichten haben. Ein Bundesgesetz sollte sichern, dass ein Fonds zur Förderung beruflicher Erstausbildung eingerichtet werden kann, der mit der regionalen Arbeitsmarktpolitik zu verknüpfen sei. Als „Sofortlösung“ sprach der stellvertretende ver.di-Bundesvorsitzende davon, die Zahl der ausbildenden Betriebe wieder um zehn Prozent zu erhöhen. Das brächte 200 000 zusätzliche Lehrstellen. Angesichts der akuten Zuspitzung sieht Werneke „seit langem erstmals eine realistische Chance“, hier etwas zu bewegen. **neh**

AUS DEM INHALT

SEITE 3

Verwirrspiel um UCI-Kino
Lausitzpark

SEITE 4

Informationsfreiheit - Gesetz-
entwurf seit Jahren auf Eis

SEITE 6

Heißer Herbst gegen sozialen
Kahlschlag

SEITE 7

Tagesspiegel nur geparkt?

MITTELSEITEN

Solidarität noch zeitgemäß?

SEITE 12

Theaterwerkstätten zur
Disposition gestellt

SEITE 14

Übergangstarif beim RBB

JOURNALISTENTAG 2003

**Perspektive Pressevielfalt
„Vor den Journalisten
sterben die Verleger“
Am 29. November 2003,
10 bis 16 Uhr,
Köthener Str. 38 (Meister-
saal), 10785 Berlin
(siehe S. 3)**

Manche Ideen sind so vernünftig, dass man an ihre Umsetzung überhaupt nicht glauben mag. Der großsprecherischen Kanzler-Ankündigung zur Agenda 2010 „Wir verlangen der Gesellschaft etwas ab“ oder „Dazu sollen alle Kräfte der Gesellschaft ihren Beitrag leisten“, haben wir Gewerkschafter jedoch zu Recht wenig getraut und den Abbau von Sozialstaatlichkeit angeprangert.

Es war zu vernehmen, von der kommenden Steuerreform würden vor allem die Bezieher niedriger Einkommen profitieren. Das leuchtet ein, schon weil es – allein von der Anzahl der Betroffenen gesehen – wohl richtig ist. Doch die Gesamtrechnung liegt noch immer im Dunkeln. Was wird man für Arztbesuche, Medikamente, Zahnersatz schließlich zu bezahlen haben? Wie wird das mit den Renten – entfallen Steigerungen, oder werden sie mit einem (nun anders genannten) demografischen Faktor zur Nichtigkeit reduziert? Wird die „nachgelagerte Besteuerung“ sich nicht vielleicht als – besonders probates, weil ganz schwer durchschaubares – Mittel für den Rentenabbau erweisen?

Die Steuerreform sollte wohl dazu dienen, die ungünstigen Eindrücke des gesamten „Reformpakets“ abzumildern, das die Bürger inzwischen „tief verunsichert“ – wie auch Koalitionsvertreter

jetzt eingestehen. Es ist ratsam, bestimmtem Gedöns nicht zu trauen. Den Lohn- und Rentenabhängigen hierbei Erkenntnishilfe zu leisten, sie regelrecht gegen politische Falschheit aufzuwiegeln, ist ein wichtiger Teil gewerkschaftlicher Interessenvertretung.

Unternehmen geworden? Überhören, Verschweigen der Alternativen, das ist die Methode. Um zugleich von den Sachzwängen zu reden, deren Lösung nur mit neoliberalen Konzepten möglich sei. Es wird darauf bestanden, dass tiefe Einschnitte in das Sozi-

umkehr in der Struktur des Steueraufkommens ist zu fordern, das derzeit hauptsächlich von der Lohnsteuer gespeist wird.

Sechs Milliarden Euro ist der Regierung die Senkung des Spitzensteuersatzes im Interesse der Groß„verdiener“ wert. Das ist die Politik, die die Kassen leer macht. Die Einbeziehung von Beamten und Selbständigen in die Rentenversicherung sei nicht „zielführend“ wegen der damit steigenden Ansprüche? Das gilt doch nur wegen der stillschweigenden Abmachung, Beitragsbemessungsgrenzen festzuschreiben bei Verzicht auf eine Begrenzung der Rentenhöhe. Ein Sparpotenzial im Gesundheitsbereich von 23 Milliarden Euro im Jahr 2006 soll zu drei Vierteln von den Versicherten erbracht werden. Was ist mit den Verwaltungskosten der Krankenkassen – sagenhafte 350 an der Zahl? Deren Fusion wird nicht gefördert. Das Monopol der Kassenärztlichen Vereinigung wird nicht gebrochen. Eine Positivist, die den Handel mit wirkungslosen Medikamenten erschweren könnte, wird weiter verweigert.

Originalton Schröder Ende September: „Soziale Schieflage? Nein, das ist nicht richtig. Und das weiß man auch.“ – Egal wer und wie viele zu dem kritischen Befund kommen, er bestreitet ihn. Sucht er den Konflikt? Dann sollte er ihn bekommen. Basta!

AUF EIN WORT

WER WIND SÄT, KANN STURM ERNTEN. BASTA!



Foto: privat

KURT PITTELKAU,
MITGLIED DES SENIOREN-SPRECHERRATS

Symptomatisch für die rot-grünen Reformvorhaben ist, dass Sozialabgaben an den Arbeitsplatz gebunden bleiben sollen, statt die Unternehmensgewinne, die steigende Produktivität dafür zur Basis zu machen. Vorschläge, so den Faktor Arbeit von Kosten zu entlasten, nehmen die Verantwortlichen einfach nicht zur Kenntnis. Was ist aus Initiativen für eine Mindestbesteuerung der

alsystem nötig seien, weil dieses einfach nicht mehr finanziert werden könne.

Die angesagte Stufe der Steuerreform ist keine Nachbesserung zur Agenda, damit den Leuten mit den niedrigen und normalen Löhnen, Gehältern und Renten Gerechtigkeit widerfährt. Der Spitzensteuersatz muss natürlich runter. Eine neue Vermögenssteuer darf nicht tabu sein! Eine Trend-

BUCHTIPP

BRÜSSELER MISSWIRTSCHAFT

ARGON 2003

Wachstum, Wohlstand, Stabilität und Frieden: Zwischen diesen Polen pflegen Europa-Politiker ihre Visionen über die zukünftige Gestaltung der Union zu entwickeln. Für Andreas Oldag und Hans-Martin Tillack haben sie dabei den „Funkkontakt“ zu den Bürgern verloren. In „Raumschiff Brüssel“ beschreiben die Autoren die negativen Begleiterscheinungen des europäischen Zusammenwachsens. Die kritische Bestandsaufnahme kreist um Machtkämpfe zwischen der Brüsseler Kommission und dem Straßburger Parlament, um Vetternwirtschaft, Absprachen der Staats- und Regierungschefs hinter verschlossenen Türen,

um weitreichende Befugnisse für die EU-Kommissare, die sich keiner demokratischen Wahl stellen mussten, und um Betrug. Mit Fallbeispielen, etwa den falschen Abrechnungen beim EU-Statistikamt Eurostat, belegen Andreas Oldag, bis 2002 für die Süddeutsche Zeitung in Brüssel, und Hans-Martin Tillack, Stern-Korrespondent, auf rund 400 Seiten, dass es sich bei der Europäischen Union um ein „vordemokratisches Gebilde“ handelt. Geliefert wird keineswegs nur eine Ansammlung von Skandal-Geschichten. Verdienst der Autoren ist es, für interessierte Leser in einer klaren Sprache Zusammenhänge über die strukturellen Probleme der EU und die Rolle von Verantwortlichen aufzuzeigen. Über Personen wie Romano Prodi, Präsident der EU-Kommission, oder die deutsche Haushaltskommissarin Michaela Schreyer skizzieren sie Missstände.

Oldag und Tillack halten ebenso wie viele Politiker den Durchschnittseuropäer für „desinteressiert“, obwohl dieser kaum Chancen hat, sich über die Auswirkungen der Brüsseler Politik auf seinen Lebensbereich zu informieren. Die großen Themen wie gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik oder die EU-Osterweiterung beherrschen die Schlagzeilen, während die Folgen des Zusammenwachsens kaum spürbar bis in die kleinsten Bereiche des Alltags eindringen.

Am Informationsgefälle zwischen Brüssel und den Bürgern haben aus Sicht der Autoren viele Korrespondenten eine Mitschuld, da sie „sich überdies nicht als Reporter im Dienste ihrer Leser, sondern als Herold einer europäischen Idee“ sehen. Darüber hinaus gelten langwierige Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene. Den EU-Politikern kann es

Recht sein. Ihr politischer Handlungsspielraum wird viel größer, wenn sie nicht unter der Beobachtung kritischer Zeitungsleser stehen. In den vergangenen Jahren haben EU-Strategen mehr auf die Integration weiterer Mitgliedsstaaten als auf die Information der Bürger gesetzt.

Dem Credo der Europa-Befürworter, die mehr Transparenz, Bürgernähe und Demokratie fordern, schließen sich die Autoren an: „Was die Gemeinschaft braucht, ist nicht ein Mehr an Hinterzimmern, sondern ein Mehr an Demokratie. Aus der Union der Staaten und Bürokratien muss eine Union der Bürger werden“. Ohne eine kontinuierliche Berichterstattung wird dies illusorisch bleiben.

Sabine Kaldemorgen

Andreas Oldag und Hans-Martin Tillack: *Raumschiff Brüssel – Wie die Demokratie in Europa scheitert*, Argon 2003, ISBN 3-87024-578-6, 19,90 Euro.

Absichtsvoll gesteuertes Verwirrspiel mit Etikette

Mitarbeiter des UCI Kinos Lausitzpark wurden dreimal gekündigt

Schon den Bau der UCI Kinowelt vor den Toren von Cottbus in Groß Gaglow begleitete die Stadt seinerzeit mit Gerichtsklagen. Dennoch wurde das Kino Am Lausitzpark mit neun Leinwänden und 2200 Sitzplätzen im Juni 1997 eröffnet. Die Mitarbeiter machten sich keine Sorgen um den Fortbestand. Blauäugig?

Anfang 2003, nach mehr als fünf Jahren Betrieb, entzog das Oberverwaltungsgericht des Landes Brandenburg den Kinobetreibern die Baugenehmigung. Der örtliche Bebauungsplan habe den Bau von Vergnügungsstätten in Groß Gaglow nie zugelassen,

Bebauungsplan sechs Jahre später aufgehoben

entschied das Gericht. Im Mai teilte die Geschäftsleitung dem Betriebsrat mit, dass das Haus zum 25. Juni geschlossen werden soll. Sozialplan und Interessenausgleich wurden verhandelt und abgeschlossen. Dennoch zeigten sich die Arbeitgeber optimistisch, dass das Kino weiter betrieben werden kann.

In den letzten Maitagen erhielten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Kündigungen. Der Betriebsrat riet der Belegschaft zu

Kündigungsschutzklagen. Mit Erfolg. Inzwischen verhandelte die Geschäftsleitung mit dem Vermieter um einen neuen Mietvertrag. Das nährte Hoffnungen, dass es über den Juni hinaus weiter gehen könnte. Die Verhandlungen zogen sich in die Länge, so dass man die Mitarbeiter bis Ende Juli weiter beschäftigen wollte. Dann wurde neuerlich gekündigt. Auf dem Fuße folgte wiederum eine Klagenflut. Im Juli kam die dritte Kündigungswelle, diesmal zu Ende August. Am 31. Juli lud die Geschäftsleitung zur Personalversammlung und teilte mit, dass das Kino ab 1. August durch eine neue Betreibergesellschaft, die UCI Kino Lausitzpark Betriebsgesellschaft mbH, fortgeführt werde und alle Mitarbeiter übernommen würden. Die Erleichterung war fühlbar.

Bis Anfang September lief auch alles scheinbar normal. Am 5. September hörten die Mitarbeiter dann aber mit Erstaunen im Radio, dass das Kino auf Wunsch der Cottbuser Oberbürgermeisterin Karin Rätzel und der Stadtverwaltung geschlossen werden solle. In einem Brief an die Verwaltung des Landkreises Spree-Neiße hatte Rätzel die Untersagung zur Nutzung des Kinos und den Abriss des Gebäudes gefordert. Dem Schreiben war eine Gemein-

deversammlung von Groß Gaglow vorausgegangen, wo der Bebauungsplan für das Gewerbegebiet, in dem auch das Kino steht, aufgehoben wurde. Mitarbeiter und Betriebsrat rechnen damit, dass darüber ein längerer Rechtsstreit ins Haus steht und dass das Kino bis zu einer Entscheidung weiter betrieben werden kann.

Die Cottbuser warten übrigens gespannt auf die seit Jahren angekündigte Neueröffnung eines Kinos in der Cottbuser Innenstadt. Wo das Geld dafür herkommen soll und ob es sich die Stadt leisten kann, demnächst – nach der bevorstehenden Eingei-

Betriebsrat soll „Höflichkeit“ lernen

meindung von Groß Gaglow – zwei Kinos dieser Größenordnung zu füllen, das wollten die Beschäftigten die Oberbürgermeisterin auf einer Personalversammlung Ende September fragen. Rätzel sagte ab, verbat sich den Ton der Einladung und erklärte, solange nicht mit der Belegschaft zu sprechen, wie der Betriebsrat brauche, „um Höflichkeit und Respekt zu lernen“.

Für die 50 Mitarbeiter des UCI Lausitzpark und den Betriebsrat

JOURNALISTEN-TAG 2003

Referate u. a. zu folgenden Themen: Krisenumbruch in den Printmedien – Konzernstrategien und Unternehmensleitbilder: Ein Fiasco für die Pressefreiheit? Die geplante Kartellrechtsnovelle; Vielfaltsicherung von Unternehmerseite; Was hat der Staat mit der Presse zu tun? Presseförderung im internationalen Vergleich; Der Verleger als Qualitätsgarant.

15.00 Uhr: Podiumsrunde: Presseförderung und Qualitätsdebatte – ein Widerspruch? Verbindliche Anmeldungen bis 7. November 2003 an die dju-Bundesgeschäftsstelle, (Fax: 030/69 56 36 57). Formular in „M“ 11/03, Seite 7.

steht fest, dass sie weiter Kino machen wollen. Wenn erforderlich, dann auch am neuen Standort in der Innenstadt. Sie fordern von der örtlichen Politik, ihnen die Arbeitsplätze notfalls durch Übernahmeverträge mit dem Investor oder Betreiber des Neubaus zu sichern. Mit Unterschriftensammlungen im Kino soll den Verantwortlichen Beine gemacht werden. Auch sonst erhofft sich die UCI-Belegschaft Unterstützung.

Martin Schwochow, Betriebsratsvorsitzender

Anmerkung der Redaktion: Das UCI im Lausitzpark ist bisher das einzige Großkino in der Region und liegt knapp hinter der südlichen Stadtgrenze von Cottbus. Groß Gaglow soll nach Cottbus eingemeindet werden. Die Ufa kündigt seit Jahren den Bau eines Kinos in der Cottbuser Innenstadt an, will aber nur investieren, wenn UCI das Großkino im Lausitzpark schließt.

LESERBRIEFE

LESERBRIEFE GEBEN NICHT IN JEDEM FALL DIE MEINUNG DER REDAKTION WIEDER. SINNWAHRENDE KÜRZUNGEN SIND VORBEHALTEN.

Agenda 2010 schröpft die Schwächsten

Zum „Sprachrohr“-Artikel (Ausgabe 4/03, S. 4) zum peinlichen Thema Agenda 2010 möchte ich mich mit einigen Zeilen äußern: Ich frage mich oft und ich weiß, dass ich vielen aus der Seele spreche: Wie kann man den Menschen, die schon kaum etwas in der Tasche haben, noch in selbige

fassen wollen, um die angeblich leeren Staatskassen wieder aufzufüllen?

Menschen wie die Politiker, die sich aus dem Staatssäckel schamlos bedienen (Diäten, Reisen, Bewirtungen, Unterschlagungen...), im Amt versagen, aber dennoch über Menschenschicksale entscheiden dürfen, stellen mittlerweile für viele in der Bevölkerung nur noch eine peinliche Provokation dar. Keinen einzigen Euro haben sie bisher in die allgemeine Rentenkasse eingezahlt, und doch

bedienen sie sich großzügig mit saftigen Pensionen und Frührenten. Diese Spezies verwaltet unser Geld und kann – bei fehlendem Widerstand – entscheiden, an welcher Stelle demnächst gespart werden soll.

Wenn man bedenkt, dass diese Regierung das Wort „sozial“ im Parteinamen trägt und solche unglaublichen Pläne schmiedet, dann grenzt das an Verrat an diesem wertvollen Wort.

Erwerbslose, die meisten jedenfalls, haben es in dieser Zeit

schon schwer genug, um nicht an der momentanen Ausweglosigkeit zu verzweifeln. Wenn man ihnen das Wenige, das sie bekommen, auch noch kürzen will, dann wird Deutschland in Kürze ein Volk von Obdachlosen sein und damit sein Gesicht verlieren! Wir wollen und dürfen das nicht zulassen, weil es um alle geht. Wir vertrauen auf ver.di, die anderen Gewerkschaften und alle, die die Gefahren dieser Agenda 2010 sehen und dagegen sind!

Jürgen Preusse

Zwischen Überwachung und Informationsfreiheit

Bundesgesetzentwurf liegt schon seit Jahren auf Eis

Ende September veranstaltete die Evangelische Akademie Berlin ihr 5. Mediengespräch. Im Zentrum stand das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom März '03, dass das Abhören von Telefonen von JournalistInnen bei der Aufklärung von besonders schweren Straftaten für zulässig erklärt. Ausgangspunkt war 1996 eine Beschwerde des ZDF in der Affäre um den Baulöwen Schneider. Die Verfassungsrichter räumten zwar einen Verstoß gegen § 12 des Fernmeldeanlagengesetzes ein, sanktionierten aber im Nachhinein, dass damals die Privat- und Redaktionsanschlüsse von MitarbeiterInnen des ZDF und Frontal 21 abgehört wurden. Die Journalisten hatten über Mittelsmänner in der Schweiz Kontakt zu Schneider aufgebaut und wurden plötzlich von BKA-Ermittlern bedroht, sollten sie sich nicht kooperativ zeigen. Das BKA folgte den Journalisten und konnte deshalb Schneider zwei Tage später festnehmen.

Mit den jetzt geplanten Polizeigesetzen in einigen Bundesländern (z.B. Bayern, Thüringen) wird der Informantenschutz und das Zeugnisverweigerungsrecht weiter ausgehöhlt. Es soll schon ein „vorbeugendes“ Abhören mög-

lich werden. Schicken sich Bund und Länder besonders seit dem 11. September 2001 an, die Grundrechte wegen größerer „Sicherheitsbedürfnisse“ zunehmend einzuschränken, ist gleichzeitig die Bereitschaft zur Informationsvergabe in den Amtsstuben äußerst dürftig. Vier Bundesländer (Brandenburg, 1998; Berlin, 1999; Schleswig-Holstein, 2000; NRW, 2002) haben bereits Informations-Freiheitsgesetze, doch in Europa sind Deutschland und Luxemburg Schlusslichter und zeigen Reformstau bei nationalen Gesetzen. Auch auf der Ebene der Europäischen Union fehlt bislang eine Regelung. Dabei haben die USA mit dem Freedom of Information Act (1966) oder Schweden sogar seit 1766 mit der Transparenz und dem freien Zugang zu Behördeninformationen gute Erfahrungen gemacht. Die Grundidee ist, den BürgerInnen die demokratische Mitwirkung zu vereinfachen und damit ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Staat und Bevölkerung zu fördern. Jede Person hat das Recht, ohne persönliche Betroffenheit oder besondere Begründung, Informationen von Behörden zu beantragen. In den

USA brachte damit die New York Times den Arbeitstag von Gouverneur Bush Junior in die Öffentlichkeit, denn der Briefwechsel mit seinem Vater in der Zeit von 1988 bis 1992 unterlag als amtliches Dokument dem Gesetz. FBI und CIA haben wegen der Veröffentlichungspflicht einen Großteil ihrer Akten ins Internet gestellt.

Behördliche Unterlagen öffentlich machen

Wie wirken sich die bestehenden Gesetze in den vier deutschen Bundesländern aus? Greenpeace ist z.B. dadurch in der Lage, Massentierhaltungsanlagen zu kontrollieren. Es besteht ein Rechtsanspruch auf Einsicht in Originalakten und Erhalt von Kopien jeglicher Datenträger. Auf Bundesebene lagert allerdings seit 1998 der Gesetzentwurf und wird besonders vom Wirtschafts-, Verteidigungs- und Finanzministerium, aber auch vom Bundeskanzleramt und dem BND mit Argwohn gesehen. Dabei wäre es doch interessant, den als geheim eingestuften Maut-Vertrag öffentlich zu machen oder in die Ergebnisse von Eich-

ämtern einzusehen, die die Inhaltsmengen bei Produkten überprüfen. Die jeweiligen Gesetze regeln den Geltungsbereich (i.d.R. Daten bei der Verwaltung auf Bundes- oder Landesebene) und eine Reihe von Ausnahmetatbeständen. Dazu zählen u.a. personenbezogene Daten, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, Informationen zur inneren Sicherheit, wie Strafverfolgung, Gerichtsverfahren oder auch Daten zu behördlichen Entscheidungsprozessen.

Um den Gesetzesprozess zu beschleunigen, arbeiten die Journalistenorganisationen „Netzwerk Recherche“, die Bürgerrechtsorganisation „Humanistische Union“ und die Anti-Korruptions-NGO „Transparency International“ an einem Gegenentwurf – auch die dju in ver.di und der DJV haben sich dafür ausgesprochen. Denn der Entwurf der Bundesregierung ist in einigen Punkten schwächer als die bestehenden Ländergesetze. So finden sich keine Antwortfristen, die Ausnahmeregelungen wie auch das Beratungsgeheimnis sind zu weit gefaßt. Es fehlt die bürgerfreundliche Weiterleitung eines Antrags an die zuständige Behörde. Die Gebühren können eine abschreckende Wirkung haben, und auch das Internet als öffentliche Plattform wird für die gesetzlich geforderten Verzeichnisse wenig genutzt. Ein Staat, der viel Eigeninitiative verlangt, muss sich an informationswillige BürgerInnen gewöhnen.

Ulrike Kopecky

Quellen: www.bmi.bund.de
www.humanistische-union.de,
www.netzwerk-recherche.de

ABSCHIED AUS DEM GEWERKSCHAFTSHAUS



Mit einem lachenden und einem weinenden Auge, allerdings in fröhlicher Runde, verabschiedete sich Kollegin Traudel Weidner im Gewerkschaftshaus Köpenicker Straße Mitte August in den wohlverdienten Ruhestand. Neunzehn Jahre hatte sie bei der IG Medien und ver.di gearbeitet, über lange Zeit als verlässliche „rechte Hand“ von Andreas Köhn, stellv. Landesleiter (Mitte). Dank und Blumen überbrachte auch der frühere IG-Medien-Landesvorsitzende Günther Kuttner (rechts). Noch länger dabei waren die Kolleginnen Irene Pietsch und Marlies Hornauf, die bereits zuvor nach 36 bzw. 31 Dienstjahren als Verwaltungsangestellte der Gewerkschaft in den neuen Lebensabschnitt verabschiedet worden waren. Allen drei Kolleginnen sei für ihre stete Einsatzbereitschaft herzlich gedankt. Beste Wünsche – vor allem für stabile Gesundheit – begleiten sie.

Foto: transit/Polentz

Foto: transit/Polentz



Andreas Köhn

Kein Tarifabschluss Druck in Brandenburg

Gespräch mit Andreas Köhn, ver.di-Verhandlungsführer

Der Verband Druck und Medien Berlin-Brandenburg e.V. hatte dem zuständigen Bundesverband bei den bundesweiten Drucktarifverhandlungen das Mandat entzogen. Nach Abschluss des Flächentarifvertrages sind deshalb Nachverhandlungen für Brandenburg nötig. Diese verliefen bislang ergebnislos.

Wie erklärt sich die Sondersituation für Brandenburg?

Andreas Köhn: Die regionalen Zeitungsverlage und damit auch die -druckereien hatten schon vor Jahren ihre Mitgliedschaft im Verband Druck und Medien beendet. Deshalb verhandelt der regionale Zeitungsverlegerverband jetzt auch die Drucktarife. Allerdings ist von den drei großen Zeitungverlagen – Märkische Allgemeine (MAZ) Potsdam, Märkische Oderzeitung (MOZ) Frankfurt/Oder und Lausitzer Rundschau (LR) Cottbus – bei den Verhandlungen nur noch die MAZ GmbH vertreten. Bei den beiden anderen gibt es Separatlösungen.

Wie weit geht die Zersplitterung?

Andreas Köhn: Bei der MOZ laufen gerade Haustarifverhandlungen. Bei der LR gilt ein Haustarifvertrag, der den geltenden Abschluss mit dem Verband Druck und Medien Berlin-Brandenburg übernimmt. Der Verband der Zeitungsverleger Berlin-Brandenburg, der nur für die MAZ verhandelt, hat erklärt, dass die prekäre Finanzsituation der FAZ-Gruppe, zu der die MAZ gehört, eine Umsetzung des bundesweiten Tarifabschlusses nicht erlaube. Lediglich die Altersteilzeit-Tarifverträge sind analog zum bundesweiten Abschluss für alle Tarifparteien übernommen worden.

Und warum soll der bundesweite Tarifabschluss sonst nicht übernommen werden?

Andreas Köhn: Der Verband Druck und Medien Berlin-Brandenburg steht in Konkurrenz zum regionalen Verband der Zeitungsverleger, denn beide verhandeln

für den gleichen Tarifbereich. Der Druck und Medien e. V. will deshalb nur einen Tarifvertrag akzeptieren, der gleichlautend mit dem Verband der Zeitungsverleger ausgehandelt wurde. Der Druck- und Medien-Verband tritt nur kleine und mittelständische Druckereien. Diese möchte er bei der Personalkosten nicht schlechter gestellt sehen als die finanzstarken Zeitungsrotationen.

Gibt es in anderen neuen Bundesländern auch solche Verwerfungen?

Andreas Köhn: Nein. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben den bundesweiten Tarifabschluss regional übernommen. Das gilt auch für Mecklenburg/Vorpommern, obwohl auch hier das Verhandlungsmandat entzogen worden war.

Und wie stellen sich die brandenburgischen Belegschaften zur Patt-Situation?

Andreas Köhn: Wegen der hohen Arbeitslosigkeit und unvollständiger Kündigungsdrohungen durch Geschäftsleitungen gibt es bisher keine Kampfbereitschaft in brandenburgischen Druckereienternehmen. Das ändert sich langsam, je mehr den Kolleginnen und Kollegen klar wird, dass hier eine grundsätzliche Abkopplung der Mindestlöhne und Gehälter im Osten angestrebt wird. ver.di mobilisiert gegenwärtig die Belegschaften mit dem Ziel, zu Jahresanfang 2004 eine Angleichung an den bundesweiten Tarifabschluss wieder herzustellen.

Wie stehen die Chancen?

Andreas Köhn: Wir werden sehen...

„DIE FREIE WIRTSCHAFT“

Über „Die freie Wirtschaft“ machte sich Kurt Tucholsky 1930 bereits seine Gedanken und schrieb unter anderem:

*„Ihr sollt die verfluchten Tarife abbauen.
Ihr sollt auf Euren Direktor vertrauen.
Ihr sollt die Schlichtungsausschüsse verlassen.
Ihr sollt alles Weitere dem Chef überlassen.
Kein Betriebsrat quatsche uns mehr herein.
Wir wollen freie Wirtschaftler sein!*

Wir diktieren die Preise und die Verträge – kein Schutzgesetz sei uns im Wege.

*Ihr braucht keine Heime für Eure Lungen, keine Renten und keine Versicherungen.
Ihr solltet Euch allesamt was schämen, von dem armen Staat noch Geld zu nehmen!
Ihr sollt nicht mehr zusammenstehen – Wollt Ihr wohl auseinandergehen!*

*Ihr sagt:
Die Wirtschaft müsse bestehen.
Eine schöne Wirtschaft!
Für wen?
Für wen?...”*

ANZEIGE

AOK - Die Gesundheitskasse für das Land Brandenburg

Gesundheit und Gesundheitspolitik im Land Brandenburg

Sie recherchieren, brauchen Informationen, Zahlen, Daten, Hintergründe?

Rufen Sie uns an!

Pressestelle der AOK für das Land Brandenburg
Potsdamer Straße 20, 14513 Teltow
Pressesprecher Jörg Trinogga

Telefon: 03328 45-1513
Telefax: 03328 45-1514

E-Mail: joerg.trinogga@brb.aok.de
Internet: <http://www.aok.de>

AOK
Die Gesundheitskasse

Heißer Herbst nicht abgeblasen

Weitere Proteste gegen Hartz-Reform

Fast schien es, als wären in den letzten Monaten die Proteste gegen den Sozialabbau eingeschlafen und der angekündigte „heiße Herbst“ abgeblasen. Doch jetzt regt sich wieder Protest. Erwerbsloseninitiativen und Bündnisse gegen den Sozialabbau planen für den 1. November eine bundesweite Großdemonstration in Berlin. Das Motto ist einfach und einprägsam: „Es reicht – alle gemeinsam gegen Sozialkahltschlag“. Diese Parole entspricht der Stimmung vieler Betroffener. „Zu lange haben wir von den Politikern gehört, dass die Kürzungen im Sozialbereich nötig seien, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Doch die Arbeitslosigkeit stieg weiter an. Statt dessen gab es weitere Einschnitte“, meinte eine Erwerbslosenaktivistin auf einem Vorbereitungstreffen.

„Die Angriffe auf die sozialen Sicherungssysteme haben immer neue Namen: Agenda 2010, Hartz, Rürup und jetzt Gesundheitsreform“, heißt es im Aufruf. Mitt-

lerweile gibt es auch aus dem gewerkschaftlichen Lager Unterstützung für die Demonstration, etwa von den verdi-Bezirksverbänden von Stuttgart und Berlin.

Gewerkschaftsinitiativen fordern jetzt den verdi-Bundesvorstand zu Engagement auf. Auch der Koordinierungskreis von Attac hat sich mittlerweile hinter die Demonstration am 1. November gestellt. Man wolle innerhalb der Organisation mit einem eigenen Aufruf für Unterstützung werben und arbeite auf einen breiten Trägerkreis hin, heißt es in einem Beschluss. Auch der PDS-Bundesvorstand sagte Unterstützung zu. Man werde sich aber nicht von einer Partei vereinnahmen lassen, meinten Aktivisten der Erwerbslosen Gruppen. Zur Mobilisierung für die Demonstration sind am 20. Oktober zahlreiche lokale Aktionen gegen den Sozialabbau geplant. Die Terminwahl ist kein Zufall und soll an den Titel des Gesetzespaketes erinnern, gegen das sich die Proteste richtet:



Foto: transit/Polentz

Gegen Sozialkahltschlag weiter vereint agieren.

Agenda 2010. An diesem Tag sind auch Aktionen in und vor Betrieben geplant. In den nächsten Wochen sollen weitere von Sozialkürzungen betroffene Gruppen wie Behinderten- und Elternverbände gewonnen werden. Die Veranstalter hoffen, dass sich in der Vorbereitung für die Demon-

stration Strukturen herausbilden und der Widerstand auch nach dem 1. November nicht erlahmt. Denn eins ist gewiss: Die nächste Sozialkürzung kommt bestimmt.

Peter Nowak

Die Demonstration beginnt am 1.11. um 13 Uhr in der Mollstraße Richtung Alexanderplatz.

Kunst künftig nur mit Sponsoren?

Studio Bildende Kunst in Berlin-Lichtenberg bedroht

Nicht leicht zu finden ist die John-Sieg-Strasse 13. Gar zu versteckt liegt die alte Jugendstil-Villa in einem kleinen Garten. Kein Schild am Eingang. Dabei hat sich hier ein ungewöhnliches Projekt aus der DDR erhalten: das Studio Bildende Kunst Berlin-Lichtenberg.

1976 wurde es als Teil des Lichtenberger Kulturbundes mitten im Wohnviertel zwischen Plattenbauten und Hochhäusern eröffnet. Der Bevölkerung sollte die Kunst nahe gebracht werden. Konflikte mit der DDR-Bürokratie blieben nicht aus. „Wir wurden zur ‚negativen Keimzelle‘ und gleichzeitig zum Vorzeigobjekt für schöpferische Eigeninitiativen erklärt“, beschreibt der erste Stu-

dio-Leiter Wolfgang Kallauka die damalige Situation. Anders als viele ähnliche Projekte hatte das Studio die Wendezeit überlebt. Unter dem Namen Inventor e.V. Verein Berliner Graphikfreunde wurde es 1991 ins Vereinsregister

Unterschriften gegen die Schließung

aufgenommen. Die Villa hatte sich in den letzten Jahren zu einer von Berlins ersten Adressen für Grafikausstellungen entwickelt. Schon in den Jahren 1992 bis '94 wurden unter dem programmatischen Titel „Brückenschläge“ drei Ausstellungen gemeinsam mit der Druck-

werkstatt des Kreuzberger Kunsthauses Bethanien realisiert. „Der Blick des Kupferstechers“ war der Titel einer viel beachteten Exposition im Herbst 1995.

Jetzt droht das Projekt den Berliner Sparplänen zum Opfer zu fallen. Es gehört zu 33 bezirklichen Einrichtungen, die im Haushaltsplan des Bezirks Lichtenberg 2004/2005 wegfallen sollen. „Kein Künstler würde auf der Straße stehen. Die einzelnen Projekte sollen dann nach Karlshorst ausgelagert werden,“ beruhigt die Pressestelle des Bezirksamtes. Für die betroffenen KünstlerInnen ist das allerdings ein schwacher Trost. „Wir haben in den letzten Jahren eine Grafikwerkstatt aufgebaut, die nicht einfach ver-

legt werden kann“, meint der Maler Ulrich Dietzmann. Er gehört zu den Lichtenberger Künstlern, die das Lichtenberger Studio in den letzten Jahren kennen- und schätzen gelernt haben. Über 600 Unterschriften gegen die Schließung des Studios sind schon bei den BezirkspolitikerInnen eingegangen. Auch mehrere ProfessorInnen Berliner Kunsthochschulen gehören zu den Unterstützern.

Soviel Öffentlichkeit hat auch in der Politik zu Diskussionen geführt. Mittlerweile hat sich die Lichtenberger PDS-Fraktion für einen Erhalt der Künstlervilla ausgesprochen. Die Bezirksbürgermeisterin hält das nur für möglich, wenn die Arbeit auf ehrenamtlicher Basis weiterläuft. Doch dazu müssten zunächst Sponsoren gefunden werden. Skepsis ist geboten, schließlich hat die Behörde die Stelle des Studioleiters Bückert schon gestrichen.

Peter Nowak

Ein klarer Fall für das Kartellamt?

Holtzbrinck parkt den Tagesspiegel bei einem alten Freund

Stefan von Holtzbrinck hat gekämpft und gelitten. Zwei Anhörungen, unzählige Gespräche, die Häme der Verlegerkollegen, die ihm öffentlich vorrechneten, dass er nur schlecht wirtschaftete mit seinem Tagesspiegel – nein, leicht wurde es ihm nicht gemacht. Dabei war alles so schön geplant: Holtzbrinck hatte den Berliner Verlag (Berliner Zeitung, Berliner Kurier, Tip) gekauft. Sein Hauptaugenmerk lag auf der Berliner Zeitung, die durch Synergien den Tagesspiegel aus den roten Zahlen führen soll. Doch das Kartellamt untersagte den Zusammenschluss. Mit einer Sondergenehmigung sollte Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement das Geschäft doch ermöglichen. Der setzte vor seine Entscheidung eine neue Hausaufgabe: Die Behauptung, dass der Tagesspiegel unverkäuflich sei, müsse von Holtzbrinck belegt werden. Und dann tauchte auch noch Heinz Heinrich Bauer auf und erklärte, dass er bereit sei, für das defizitäre Blatt zu zahlen. Entsprechend gereizt war die Stimmung bei der letzten Anhörung im Bundeswirtschaftsministerium. „Kurz vor Ende des Verfahrens wird eine Bombe gezündet, die die Aussicht auf Ministererlaubnis zerstören wird“, giftete Holtzbrinck-Anwalt Rainer Bechtold in Richtung Heinz Heinrich Bauer, der mit seinem über-

raschenden Interesse an dem Blatt die Argumentationskette zum Einsturz brachte. Die Signale aus dem Bundeswirtschaftsministerium schalteten offenbar auf Rot. Einen Tag, bevor die Entscheidung verkündet werden sollte, zündete Holtzbrinck dann seinerseits eine Bombe: Der Tagesspiegel wird verkauft, aber nicht an den ungeliebten Heinz Heinrich Bauer. In der Not sprang ein alter Freund des Hauses ein. Pierre Gerckens, seit 1968 bei Holtzbrinck in der Konzernspitze

Bisher nur
rote Zahlen

tätig, wird den Tagesspiegel übernehmen und sich dafür umgehend aus dem Unternehmen zurückziehen. In der Branche ist der 65-Jährige kein Unbekannter – er ist stellvertretender Vorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV), war unter anderem Geschäftsführer der Verlagsgruppe „Handelsblatt“ und aktiv am Aufbau des Zeitungsbereichs bei Holtzbrinck beteiligt. Die Katze im Sack kauft er nicht, bereits seit 1992 sitzt Gerckens im Beirat des Tagesspiegels. Der alte Freund des Hauses muss auch nicht wie Bauer die Existenz des Blattes für viele Jahre

zusagen. „Die Bestandsgarantie war ein Teil des Ministererlaubnisverfahrens. Der Verkauf an Herrn Gerckens ist aber außerhalb dieses Verfahrens“, erklärte Rolf Aschermann, Sprecher des Holtzbrinck-Verlags. Über den Kaufpreis sei Stillschweigen vereinbart worden. Das Gerckens-Angebot sei „verglichen mit dem Bauer-Angebot das Zweitbeste“, versicherte man aber. Und die Erklärung, warum Holtzbrinck sich gegen alle kaufmännischen Grundsätze für weniger Geld in der Kasse entscheidet, lieferte Aschermann ungefragt gleich mit: „Für uns war wichtig, dass der Tagesspiegel in bewährter Weise weitergeführt wird. Herr Dr. Gerckens ist ein erfahrener Verleger und kennt den Berliner Markt.“ Offen bleibt allerdings, wie jetzt der wirtschaftliche Erfolg mit dem Tagesspiegel gelingen soll, obwohl Holtzbrinck selbst seit der Übernahme des Blattes 1992 nur rote Zahlen geschrieben hat. Zudem wurde immer wieder behauptet, dass der Tagesspiegel ohne die Berliner Zeitung nicht rentabel geführt werden kann. Spekulationen, ob Holtzbrinck seinen Intimus nur als „Strohmann“ einsetzt, widersprach Aschermann vehement: „Herr Gerckens kauft auf eigene Rechnung und auf eigenes Risiko.“ Dass sich Gerckens lange mit seiner Neuerwerbung

herumschlagen muss, erwartet trotzdem niemand. Bereits bei Bekanntwerden des Geschäfts wurde gemunkelt, dass Gerckens als Platzhalter fungiert, bis das Kartellrecht novelliert ist. Bereits seit längerem laufen Gespräche zwischen der Bundesregierung und den Verlegern, die endlich das in ihren Augen starre Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in ihrem Sinne geändert sehen möchten. Bundeskanzler Schröder hat Entgegenkommen signalisiert und so

Das „Danach“
bleibt offen

kann Holtzbrinck gemächlich abwarten. Sind die Hürden für den Kauf aus dem Weg geräumt, könnte er den Tagesspiegel wieder zurücknehmen. Dies sei nicht geplant, versicherte Aschermann. Doch eine Zusammenarbeit zwischen dem Berliner Verlag und dem Verlag „Der Tagesspiegel“ schloss er nicht aus. Aber „welche Kooperationsmöglichkeiten vorhanden sind“, müsse sich erst noch zeigen.

In Anbetracht der aktuellen Debatten hat Kartellamts-Präsident Dr. Ulf Böge angekündigt, dass man das Geschäft auf jeden Fall prüfen wolle. **Silke Leuckfeld**

WENN ES ANS LEBEN GEHT...



Foto: M. Krause

Einem Mann mit außergewöhnlicher Biografie und bewundernswürdigen Talenten war die Ausstellung „Rückkehr unerwünscht – Die Bilder des Zeugen Peter Edel“ gewidmet, die vom 29. August bis zum 2. Oktober in der Medien Galerie in Haus der Buchdrucker zu sehen war. Peter Edel (1921 – 1983), Sohn eines Juden, war schon frühzeitig inhaftiert worden, überlebte mehrere Konzentrationslager und sogar Auschwitz. Weil seine Ausbildung als Grafiker den Nazis zupass kam, um sich Falschgeld herstellen zu lassen. Seine junge Frau Esther sowie die meisten

Mitglieder seiner Familie sind dagegen von den Faschisten umgebracht worden. Nach dem Krieg hat Peter Edel in Romanen und Bildern von dem erzählt, was er erlebt hatte. Etliche seiner Grafiken waren in der Ausstellung zu sehen, dazu Auszüge aus Publikationen für die „Weltbühne“, Illustrationen für die „BZ am Abend“, Szenenfotos aus Filmen, die nach seinen Büchern gedreht wurden. Während der feierlichen Eröffnung erklang Edels Stimme auf einer Litera-Schallplatte mit Auszügen aus seinem Roman „Wenn es ans Leben geht“. „Angekom-

men im Lebendigen“ hieß das Essay, das Gisela Steineckert vortrug, und in dem sie spüren ließ, wie nahe ihr der Künstler gestanden hat.

Auch die Witwe, Helga Korff-Edel, war gekommen, ebenso Gunther Schoß, Hauptdarsteller in dem Fernsehfilm „Die Bilder des Zeugen Schattmann“, der unter Mitarbeit von Peter Edel Anfang der 70er Jahre in den DDR-Fernsehstudios entstanden war und anlässlich der Ausstellung in der Weißenseer „Brotfabrik“ wiederaufgeführt wurde.

E. Bri.



Peter Köpf, Autor des Buches „Die Burdas“ signierte am Stand der ver.di-Zeitung „Publik“. Das Ziel des Solibars, Geld für die Rückkehrer nach Angola zu sammeln, gefiel ihm gut: „Ich finde es wichtig, dass es noch eine linke Solidarität gibt, auch wenn in dieser neoliberalen Zeit das Kümern um den Anderen nicht mehr zeitgemäß zu sein scheint.“



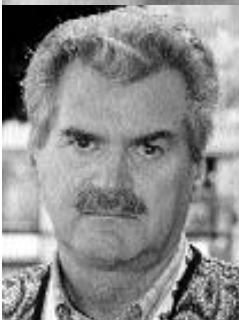
Lautaro Valdes warb am Stand des Vereins „El Cultrun“ um Unterstützung für die Mapuche-Indianer, die im Süden Chiles leben. Er hatte besonderen Grund zur Freude, zwei Tage zuvor bekam er die Nachricht, dass „El Cultrun“ ins Vereinsregister aufgenommen wurde. „Wir sammeln Spenden, um eine Zentralschule mit einem Internat für 200 bis 600 Schüler bauen zu können.“ Dort sollen die Kinder der Mapuche erstmalig auch in ihrer Sprache unterrichtet werden. Lautaro Valdes bedauerte aber, dass sein Verein 75 Euro für den Stand bezahlen musste. Dieses Geld hätte er lieber für sein Projekt verwandt.



Anna Schendel hatte am Stand der dju alle Hände voll zu tun. Zuvor war wieder allerlei aus den Reihen der Kollegen gespendet worden, das gegen einen kleinen Obolus auf dem Solibasar dann verkauft wurde. Besonders alte Schallplatten und gebrauchte Bücher waren der Renner: „Wir machen immer einen guten Umsatz, und bei uns am Stand ist sehr viel Publikum.“



Doreen Kubelt bummelte neugierig über den Alex: „Ich bin das erste Mal beim Solibasar, mir hatten Freunde davon erzählt. Da ich gerade erst gekommen bin, habe ich noch nicht viel gesehen. Aber bis jetzt gefallen mir die Stände sehr gut. Ich finde es positiv, dass für Angola gesammelt wird.“



Rudolf Denner ist ein „alter Hase“, er kennt den Solibasar noch aus DDR-Zeiten: „Mir fehlt hier heute eine bestimmte Vielfalt beim Publikum, aber auch bei den Ständen. Ich finde es aber sehr gut, dass in diesem Jahr ein Projekt in Angola die Spenden erhält. Zu diesem Land habe ich eine besondere Beziehung. Ich bin 1980 mit der ersten Interflugmaschine nach Angola geflogen.“



Dieter Höhr arbeitet als Ehrenamtlicher für OIKOS. Er warb an seinem Stand für das Projekt und erklärte den Besuchern, was sich in den Starterpaketen befindet. „Ich habe sieben Jahre in Mosambik und sieben Jahre in Angola gearbeitet. Angola war berühmt für seinen Hochlandkaffee. Durch den Bürgerkrieg ist alles zerstört. Es droht der Verlust des landwirtschaftlichen Wissens im Land.“

Weil Kümern um die mehr zeitgemäß

Impressionen vom achten Nachwende-Solidari



An mehr als 50 Ständen informierten und warben Redaktionen, Verlage, aber auch Nicht-Regierungsorganisationen beim achten Nachwende-Solibasar auf dem Alexanderplatz am 6. September für ihre Arbeit. An den Tischen drängten sich die Menschen und nutzten die Chance, Autoren Fragen zu stellen oder sich ein Buch signieren zu lassen.

Von der tageszeitung über das Neue Deutschland, die Junge Welt, den Tagesspiegel bis zur Stiftung Warentest reichte das Angebot. Am Stand der dju wurden nicht nur Bücher und Schallplatten verkauft, sondern wurde auch leidenschaftlich diskutiert. „Beklagt wurde, dass ver.di die Initiative zur Aufklärung des Bankenskandals nicht unterstützt, aber auch die Politik der IG Metall“, berichtete Antje Grabenhorst. „Wir haben viele interessante, politische Gespräche geführt.“ Rund 290 Euro konnten allein am Tisch der dju eingenommen werden.

Zwischen all dem bunten Treiben der Berliner Organisation OIKOS den ersten Blick wie ein Schritt zu Mäxchen, Messer, Hacken, ab Saatgut waren dort zu sehen. Stand das Zentrum des Solibars: Inhalt der Starterpakete, die vor Euro Basar-Erlös gekauft werden Empfänger sind angolanische vor dem Bürgerkrieg flüchteten ihre Heimat gehen. Mit den Start sie einen Grundstock, auf den sie „Land gibt es dort genug, das können“, betonte Dieter Höhr, OIKOS. Er warb leidenschaftlich berichtete auch über Erfolge, Menschen vor Ort erzielt werden ben vor einigen Jahren Maismühl



den Anderen nicht maß scheint

itätsbasar der Berliner Journalisten



den wirkte der Stand
s eine Welt e.V. auf
rück ins Mittelalter.
er auch Körbe mit
. Dabei war dieser
. OIKOS zeigte den
n den rund 10.000
n.

: Familien, die einst
und nun zurück in
terpaketen erhalten
e aufbauen können.
; sie bewirtschaften
Ehrenamtlicher von
für das Projekt und
die bereits für die
n konnten. „Wir ha-
len in die Dörfer ge-

bracht“, erzählte Dieter Höhr. „Sie werden von den Frauen verwaltet, die nun den Mais nicht mehr täglich in stundenlanger Arbeit stampfen müssen.“ Gleich auf mehreren Ebenen konnte so ein positiver Effekt erzielt werden. Die Frauen führen Buch über Ein- und Ausgaben ihrer Mühle, Überschüsse werden zugunsten aller wieder angelegt. Sie haben aber auch viel Zeit gewonnen, die sie nun unter anderem damit verbringen, Gemüse anzupflanzen und den sonst eher eintönigen Speisezettel der Familien zu ergänzen. Und die Mühlen sind jetzt die Kommunikationszentren, nicht mehr die Versammlungen der Männer.

Damit haben die Frauen die Macht in den Dörfern übernommen. „Die patriarchalischen Strukturen wurden aufgebrochen“, stellte Dieter Höhr zufrieden fest. „Während die Männer palavern, arbeiten die Frauen für die Zukunft und denken immer zuerst an ihre Kinder.“

sil



Fotos: transit/Polentz

Talkrunde

Traditionell läuft beim Solibasar auf der Bühne auch eine Talkrunde mit Politikern und Gewerkschaftern. Können wir uns Solidarität noch leisten?, war diesmal das Thema. Hochaktuell, angesichts leerer Haushaltskassen, Eichelscher Sparkonzepte, hoher Arbeitslosigkeit, angesichts verbreiteter Tendenzen zur Individualisierung in der Gesellschaft einerseits und von Globalisierungsproblemen andererseits. Es diskutierten Stefan Liebich, Vorsitzender der PDS-Abgeordnetenhaus-Fraktion, der stellvertretende Vorsitzende der Berliner Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion Oliver Schruoffeneger und Kathrin Buhl von der Stiftung Nord-Süd-Brücke. Und sehr schnell zeigte sich, dass internationale Solidarität und Hilfe zu Selbsthilfe nicht getrennt von nationaler Politik debattiert werden können. Hetzkampagnen, in denen Sozialhilfeempfänger als Faulpelze beschimpft werden, belegen für Liebich eine „gefährliche Tendenz“, die auch einschließt, dass die angestrebte Volumengrenze für staatliche Entwicklungshilfe in den letzten Jahren nicht erreicht wurde.

Öffentlichen Druck auf Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger zu verstärken, obwohl gar keine freien Stellen angeboten werden könnten, halte der PDS-Politiker für „nur noch zynisch“. Es dürften nicht systematisch Menschen „aus der Solidargemeinschaft ausgegrenzt werden“, eine Verbesserung der Sozialhilfe sei dringlich und eine Bürgerversicherung müsse her, forderte Oliver Schruoffeneger. Den permanenten Sparversuchen auf der

Ausgabenseite stellte Kathrin Buhl einseitige Aufmerksamkeit auf der Einnahmeseite entgegen. Solange sich die Bundesrepublik 30 Mrd. Euro an Steuern von Großunternehmen jährlich entgehen lasse, solange auch der Berliner Bankenskandal nicht ernsthaft aufgeklärt werde, aber die Kita-Gebühren erhöht würden, könne man „nicht von einer gleichmäßigen Verteilung der Lasten sprechen“. Sie machte eine „Lethargie gegenüber Wahlversprechen von Politikern“ aus. Dem hielt der Grünen-Politiker ein wachsendes Interesse an anderen gesellschaftspolitischen Entwürfen und „individuellen solidarischen Aktivitäten“ entgegen. Liebich konterte mit spürbaren Tendenzen zum Auseinanderdriften und zur Entsolidarisierung. Sie zeigten sich etwa, wenn „unter dem Deckmantel von ‚Generationengerechtigkeit‘ Älteren die medizinische Versorgung mit einem neuen Hüftgelenk“ streitig gemacht werden könne. Die Frage, was mit dem dennoch angehäuften Reichtum in diesem Lande geschehe, brachte Kathrin Buhl zur Feststellung, dass die Bundesrepublik „die Solidarität des Südens nötig“ habe. Sie verlangte von Politik und Öffentlichkeit ein Umdenken, forderte, über Alternativen zum Wohlstandsstaat nachzudenken.

Die gewerkschaftliche Position war auf dem Podium diesmal nicht vertreten. Das war einmalig und schade, aber kein Problem der Organisatoren. Auch die stellten sich die Frage: Wo blieb die stellvertretende ver.di-Bundesvorsitzende Margret Mönig-Raane?

neh

VERANSTALTUNG

Um die Mitglieder der Metall/ Elektro-, der chem. Industrie und sonstigen industriellen Dienstleistungen weiter über die Reformpläne der Regierung auf dem Laufenden zu halten, laden die Fachgruppenvorstände zu einer erweiterten Fachgruppen-sitzung am

**1. Dezember 2003,
um 17:00 Uhr,
im Raum 10.08,
im ver.di Landesbezirk,
Köpenicker Str. 55,
in 10179 Berlin,**

alle interessierten Mitglieder recht herzlich ein. Thema: Rente und die „Rürup-Schweinereien“, was kommt auf Jung und Alt zu? Referentin: Judith Kerschbaumer von der ver.di-Bundesverwaltung. Um besser planen zu können, bitten wir um Anmeldung unter Tel. 030/86 31-24 06 oder e-mail an dagmar.orminski@verdi.de

Auf unserer letzten Fachgruppen-sitzung am 16. September stand auch ein Referat von Kollegen Bernhard Jirku von der ver.di-Bundesverwaltung zum Thema: „Hartz und Folgen“ auf der Tagesordnung. Im Hartz-III und IV-Papier geht es vorwiegend um die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Wir bekamen sehr anschaulich dargestellt, was sich dahinter verbirgt. Die Arbeitslosenhilfe, zukünftig Arbeitslosengeld II genannt, soll auf Sozialhilfeniveau abgesenkt werden. Viele aus unserer Fachgruppe waren sichtlich

Drastischen Sozialabbau nicht länger hinnehmen

Hartz und die Folgen fordern gewerkschaftliches Engagement



Am 27. September informierten ver.di-Fachbereichsvorstand und Erwerbslosenausschuss vor den Alleearkaden in der Schönhauser über die Agenda 2010. Die Initiative wird jetzt aufgegriffen: Am 24. Oktober baut ver.di Berlin vor acht Einkaufszentren Stände auf.

erschrocken, was auf Erwerbslose demnächst zukommen wird.

Das Gesetzgebungsverfahren läuft zur Zeit noch, aber am 18. August gab es zu dem Thema schon einen Kabinettsbeschluss der rot-grünen Regierung. Nun wird die Sache wohl durch den Bundestag gehen, so dass das Gesetz zum Teil schon am 1. Januar 2004 in Kraft treten kann. Obwohl noch unklar ist, ob alle Einzelheiten so übernommen werden, waren wir uns in der Fachgruppe doch einig, dass ein so gewaltiger Sozialabbau zu sehr großen sozialen Problemen

führen wird, im Gegenzug aber keine neuen Arbeitsplätze entstehen, sondern eher noch welche vernichtet werden. Einige Fakten zu den geplanten Änderungen:

1. Der Regelsatz des Arbeitslosengeldes (ALG) II beträgt für Alleinstehende West 297 Euro/ Ost 285 Euro. Für Familienmitglieder gibt es dazu geringe Zuschüsse.
2. Es wird die komplette Warmmiete übernommen soweit sie angemessen ist, d.h. 250 bis 350 Euro bei einer Wohnungsgröße von 40-45 m² für eine Person, ggf. Umzug in eine kleinere Wohnung.

Rotstift grassiert

Weiterer Personalabbau beim Berliner Verlag

Künftig könnte der Tipp-Fehlerteufel bei der Berliner Zeitung öfter zuschlagen. Anfang Oktober überraschte die Geschäftsleitung des Berliner Verlags die Belegschaft mit der Ankündigung, dass Korrektorat aufzulösen. Davon sind fünf Beschäftigte betroffen. Hintergrund seien sinkende Anzeigenerlöse, ein weiterer Personalabbau werde unvermeidlich. Dem Rotstift sollen auch die



Kulturseite des Berliner Kurier mit drei Beschäftigten, sowie zwei Sekretärinnenstellen zum Opfer fallen. Eingestellt wird das so genannte „U-Bahn-Fernsehen“ Berliner Fenster mit vier Beschäftigten.

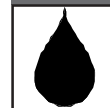
Acht Redakteure, die von einer früheren Kündigungswelle betroffen waren, haben ihre Prozesse gewonnen. Eine Kollegin, die bereits zum Berliner Kurier zurückgekehrt war, musste zehn Wochen allein und fernab der Redaktion ein Büro beziehen. Nach Beschwerden des Betriebsrats und der Androhung, eine Einigungsstelle einzusetzen, ist sie nun wieder in der Lokalredaktion tätig und hat dort auch einen Arbeitsplatz erhalten. Sieben Redakteure, die ebenfalls zurückkehren werden, wird der Umweg über eine „Isolierstation“ nun wahrscheinlich erspart bleiben. **sil**

FACHGRUPPE



**METALL-
INDUSTRIE**

FACHGRUPPE



**CHEMISCHE
INDUSTRIE**

3. Einmaliger Bedarf (Bekleidung, Hausrat, etc.) wird nur noch pauschaliert ausbezahlt, ca. 50 Euro monatlich (Ansparen für Kühlschrank, Fernseher etc. ist bis zu 15 Monate möglich).

4. Die neue Grenze für den Zweipersonenhaushalt liegt bei 700 Euro Monatsverdienst. Wer über mehr verfügt, hat keinen ALG II-Anspruch.

Diese wenigen Beispiele zeigen den drastischen Sozialabbau einer „Sozialdemokratischen“ Regierungspartei, der von uns Arbeitnehmern so nicht länger ruhig hingenommen werden sollte.

Zu diesem Thema wird es von ver.di im November 2003 Aktionen in Berlin geben, an denen sich unsere Fachgruppenmitglieder aktiv beteiligen wollen. Alle anderen Mitglieder sind auch aufgefordert, sich zu engagieren.

Gabriele Hackbarth, Uwe Fenske/Francotyp-Postalia

VERKAUFT

Der Baumhaus Buchverlag hat die Autorenrechte, Lagerbestände und auch den Namen des Altberliner Verlags erworben, der Ende Juni Insolvenz beantragt hatte. Baumhaus hat angekündigt, das Programm des renommierten Kinder- und Jugendbuchverlags, der 1945 von Lucie Groszer gegründet wurde, weitgehend zu erhalten und mit den Autoren weiterzuarbeiten. Lediglich Autor Andreas Schlüter wechselt zum Arena Verlag. **sil**

GELUNGENER START



Viel Beifall erhielt Andrea Jennert (rechts) am 26. September 2003 in der Stadt- und Landesbibliothek in Potsdam. Die Autorin las im Anschluss an die VS-Mitgliederversammlung erstmals aus ihrem Manuskript mit dem Arbeitstitel „Emma Debussy“. Daraus sollen ein Buch sowie ein Drehbuch entstehen. Den Wunsch, einmal über die zweite Ehefrau des französischen Komponisten Claude Debussy (1862-1918) zu schreiben, hatte die freiberufliche Klavierlehrerin und Schriftstellerin schon sehr lange. Im vergangenen Herbst konnte die neugewählte stellvertretende Vorsitzende des VS Brandenburg mit Hilfe eines Auslandsstipendiums dazu in Paris recherchieren.

Foto: Stiebitz

Aufbruch mit Reife und Enthusiasmus

VS Brandenburg wählte neuen Vorstand

Wenn der Landesverbandsvorsitzende des VS Brandenburg sich spontan aus allen Verpflichtungen zurückzieht, ergibt sich Gelegenheit und Zwang zum Bilanz ziehen und Aufgaben stellen bis zur nächsten „planmäßigen“ Wahlperiode. Diese (außerordentliche) Aufgabe lag am 26. September beim bisherigen Stellvertreter und nun einstimmig gewählten neuen Vorsitzenden Helmut Routschek alias Alexander Kröger aus Cottbus. Er orientierte auf die Vereinigung mit dem Landesverband Berlin in drei Jahren und auf öffentliche Wirksamkeit jedes VS-Mitgliedes, um dem kulturellen Niedergang in Brandenburg aktiv entgegenzuwirken. Besondere Möglichkeiten sollten sich dabei aus den Projekten „Schüler treffen Schriftsteller“ und „... Zeitzeugen“ ergeben, bei dem sich Interessierte weiterhin an den

Vorstand wenden können. Es ist aber sicher nicht das beste Zeichen für eine Aufbruchstimmung innerhalb unseres Verbandes, wenn der meiste jugendliche Enthusiasmus von einem dermaßen reifen Autor kommen musste (und kam).

Andrea Jennert wurde neu zur Stellvertreterin gewählt, Werner Lange zum Beisitzer. Till Sailer aus Bad-Saarow verbleibt im Vorstand als Beisitzer, Rüdiger Kurock arbeitet weiter als Schriftführer.

Nach der Diskussion, in der die ausgewogene Annäherung der Landesverbände und die Bemühungen standen, dem VS wieder ein deutlicheres Profil zu verschaffen, klang die Veranstaltung in einer musikalisch unterhaltenen Lesung von Andrea Jennert aus.

Rüdiger Kurock,
annarothbuch@aol.com

Bilanz und Ideensuche

VS Berlin mit eindrucksvollen Veranstaltungen



Während der diesjährigen Mitgliederversammlung des VS Berlin am 1. Oktober 2003 referierte der Vorstand über die vielfältigen Aktivitäten des vergangenen Jahres. Allein eine Aufstellung der Veranstaltungen ist imposant: „Wider das Vergessen“, „Lesemarathon“, „Deutschsprachige Krimiliteratur im Brecht-Forum“, „70 Jahre Bücherverbrennung“, Lesungen gemeinsam mit der TLG-Immobilien GmbH; außerdem Gegenbesuch der Autoren aus Vorarlberg, die Anthologie „Berliner Zehn-Minuten-Literatur“, das Seminar „Von der Prosa zum szenischen Schreiben“.

Debattiert wurden das Ganztagschulenprojekt, der ver.di-Literaturpreis und die geplante

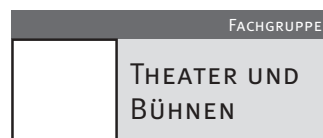
Vereinigung der VS-Verbände Berlin und Brandenburg 2006. Auch der verstorbenen Autoren Hansgeorg Stengel und Heinz Knobloch wurde gedacht.

Anschließend hielt Dorle Gelbhaar ein Referat „Effenberg und das Ende der Literatur“. In der Diskussion wurde eine Vielzahl von Themen gestreift, von der Praxis von Ghostwritern über die Frage, inwieweit eine Kritik am Erfolg der „Trash-Kultur“ eine Form von Überheblichkeit darstelle oder es die Aufgabe eines Schriftstellerverbandes sei, für eine andere Art von Literatur zu werben, bis zu Einschätzungen der Ursachen von Erfolgen der „Trash-Kultur“.

Die Mitglieder wurden aufgefordert, Vorschläge für den Namen des ver.di-Literaturpreises, künftige Referatsthemen und Veranstaltungen des kommenden „Lesemarathons“ zu machen. **G.K.**

So nicht, Herr Senator!

Stiftungsgesetz Oper für Beschäftigte nicht tragbar



Das am 1. Oktober im Berliner Senat verabschiedete Gesetz zur Stiftung Oper in Berlin kann so von der Gewerkschaft nicht mitgetragen werden, stellt der Fachgruppenvorstand Theater und Bühnen fest. Es sei bedauerlich, dass konstruktive Zusammenarbeit und gemeinsame Positionen im Vorfeld von Kultursenator Flierl nun einseitig verlassen worden seien. In der Gesetzesfassung seien Beschäftigtenrechte mit Füßen getreten. So wird den Mitarbeitern der drei Opernhäuser kein individuelles Widerspruchsrecht gegen den Rechtsübergang in die Stiftung eingeräumt. Die geltenden Tarifverträge sind nicht in der Stiftungssatzung verankert. Ein Personalrückkehrrecht zum Land Berlin

im Falle der Insolvenz von GmbH oder bei Scheitern des Modells ist nicht gewährleistet.

Ein Hauptargument der Stiftungsbefürworter, dass die finanziellen Zuwendungen in der Stiftung langfristig festgeschrieben würden und Planungssicherheit geschaffen sei, ist mit dem jetzigen Entwurf ad absurdum geführt. Die Zuwendungsverträge stehen dort unter Haushaltsvorbehalt und können jährlich gekippt werden. Unverständlich, so ver.di-Fachsekretärin Sabine Schöneburg, sei auch, dass von über 100 Stellenstreichungen die Rede sei, obwohl die Personalkosteneinsparungen laut Tarifvertrag Öffentlicher Dienst – das sind mehrere Millionen Euro jährlich – in der Verfügung der Opernhäuser bleiben sollen. Die Ungereimtheiten will ver.di auf Personalvollversammlungen der drei Opern diskutieren. Die erste Lesung des Stiftungsgesetzes ist für Ende Oktober geplant. **neh**

Neues wirtschaftliches Abenteuer mit ungewissem Ausgang?

Zentralisierung der Theater-Werkstätten als Sparpotenzial einer neuen Service-GmbH

FACHGRUPPE

**THEATER UND
BÜHNEN**

Die Strukturreform der Berliner Opernhäuser soll zur Gründung einer hauptstädtischen Opernstiftung führen. Werkstatt- und andere Leistungen will man bei einer privatwirtschaftlich organisierten Bühnenservicegesellschaft zentralisieren. Der Kultursenat hat im Vorfeld für 180 000 Euro zwei Gutachten dazu anfertigen lassen. In dem einen liefert die Firma ICG culturplan aus Krefeld, die schon die Gründung der Werkstatt-Holding in Wien begleitete, eine betriebswirtschaftliche Analyse zur Servicegesellschaft. Sie schlägt fünf Modelle für die künftige Strukturierung der Theater-Dekorationswerkstätten vor. Von der Beibehaltung des Status Quo bis zum Neubau von Zentralwerkstätten auf der grünen Wiese reichen die Varianten.

In den anfänglichen Planungen sollte die Service GmbH sogar noch mehr Querschnittsbereiche „nichtkünstlerischer“ Art umfassen. Alles, was mit Finanzen zu tun hat, dürfe ihrer Hoheit nicht entzogen werden, monierten die Intendanten schnell. Auch das Marketing wird inzwischen als „strategische Aufgabe der Stiftung“ selbst gesehen. Übrig bleiben Werkstatt- und Transportleistungen sowie EDV. Ein erneutes wirtschaftliches Abenteuer mit ungewissem Ausgang?

„Wenn man Theater machen will, dann geht das nur mit aller Konsequenz. Der künstlerische Arbeitsprozess muss als Ganzes gesehen werden, wir sind nicht abzulösen vom Rest“, empört sich Frank Mittmann. Der Leiter der „Volksbühne“-Werkstätten in der Thulestraße begreift sich als Chef manufaktuell arbeitender Gewerke, die Kunsthandwerk betreiben, aber ganz der Spezifik ihres Theaters dienen. „Die Volksbühne lebt von Spontaneität, reagiert oft sehr schnell auf gesellschaftli-



Kein Sucher in der Wüste nach einem neuen Werkstattkonzept, sondern Dirk Seesemann in der Staatsoperwerkstatt, der Prospekte für „Eugen Onegin“ in Sägespänetchnik bearbeitet.

che Ereignisse. Manchmal wandelt sich ein Konzept in wenigen Stunden. Darauf müssen wir reagieren und ändern, sozusagen als mobile Einheit. Unser Chef Bühnenbildner hat uns kürzlich als seine ‚Familie‘ bezeichnet. So sehen wir uns auch.“ Obwohl die Werkstatt alt sei, hat man nach der Wende saniert und sinnvoll investiert, den Maschinenpark erneuert, Arbeitsbedingungen und -sicherheit verbessert. Auch der Personalbestand in Tischlerei, Schlosserei, Malsaal, bei den Plastikern und Dekoratoren sei „gefühlvoll“ auf ganze 23 Mitarbeiter verringert

**Viel Unehrllichkeit
und wenig Sachkunde**

worden. Man arbeite sehr kostenbewußt. „Wir denken unheimlich mit. Wenn wir mal Aufträge nach außen vergeben, müssen wir dagegen oft nacharbeiten...“ Hinter allen Konzepten zu Zentralisierung, Synergien und „Verschlan- kung“ sieht Mittmann viel Unehrllichkeit und wenig Sachkunde.

Dass in einer Werkstatt für mehrere Theater gearbeitet wird, ist

bislang die Ausnahme. Dass solche Kooperation möglich, aber nicht einfach ist, hat die Staatsoperwerkstatt über Jahrzehnte bewiesen. Auf dem 1500 Quadratmeter großen Gebäudekomplex an der Chausseestraße in Berlin-Mitte wurden früher sowohl die Staatsoper als auch das Deutsche Theater und das Berliner Ensemble bedient. Opernarbeit hat lange Vorlaufzeiten für oft opulente Bühnenbilder. Die Sprechtheater, zuletzt nur noch das DT, haben dichtere Premierenfrequenzen, benötigen flexibleres Reagieren, fühlten sich wohl auch ein wenig zurückgesetzt. Baulich ist man hier jedoch auf mehrere Kunden eingerichtet. Die einzelnen Gewerke sind in Ebenen übereinander angeordnet. Ein riesiger Gardinenfahrstuhl, der über die gesamte Rückfront des Gebäudes reicht, verbindet sie. Manches wäre dringend zu modernisieren. Die im Gutachten veranschlagte zweistellige Millionensumme halten Insider jedoch für absolut übertrieben. Malsaal-Chef Thomas Feig betont weitere Standortvorteile: „Die ideale Lage, sehr gut ausgebildetes Personal und ein sehr guter Maschinenpark. Auch un-

ter größtem Zeitdruck haben wir unsere künstlerische Ehre. Wir sehen uns als Partner in einem Entstehungsprozess“, betont er. „Wenn man die Werkstätten von den Häusern löst, sie privatwirtschaftlich abrechnen läßt, bindet das Zeit und Arbeitskräfte, die nicht kreativ sind. Der Verwaltungsaufwand wird wachsen“. Dass von hier aus die Komische Oper mit bedient werden könnte, auf deren Werkstatt Restitutionsansprüche liegen, hält er für denkbar. Eine generelle Abkopplung der Werkstätten von den Häusern lehnt er jedoch ab: „Nehmen wir den Idealfall Deutsche Oper. Die Werkstätten sind im Gebäudekomplex, mit direktem Zugang zur Bühne. Will man den Kollegen dort erzählen, dass sie von der grünen Wiese flexibler arbeiten könnten?“

„Eine privatwirtschaftliche Untergliederung der Werkstätten macht keinen Sinn“, ist Klaus Grunow, Fachgruppenvorsitzender Theater und Bühnen im ver.di-Landesbezirk und Personalratschef der

**Künstlerische Motivation
bliebe auf der Strecke**

Deutschen Staatsoper, überzeugt. Die hohe Identifikation mit Haus und Aufgabe schaffe erst künstlerische Motivation. Dass die Sache betriebswirtschaftlich besser funktioniere und die Theater preiswerter kämen, wenn ihnen künftig vom Strom bis zum letzten Nagel volle Preise in Rechnung gestellt würden, dürfe man außerdem bezweifeln. Erst recht, wenn man das vielzitierte Beispiel der Wiener Holding und ihrer Auslastungsprobleme ernsthaft hinterfrage. Synergien seien schließlich auch über verstärkte Kooperation bei Einkauf, Lagerhaltung, Transporten oder ähnlichem denkbar. Dazu brauche man keine Zentralisierung – „es sei denn, man will in Größenordnungen Personal abbauen und an der Tarifschraube drehen.“ **Helma Nehrlich**

VORGESTELLT

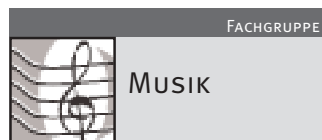
Wohlklang erhalten

FACHGRUPPE 11
Musik

Der Name der Fachgruppe 11 – der letzten, die wir vorstellen – hat nicht nur einen guten Klang. Die Mitglieder der Gruppe sorgen auch für einen solchen – für Wohlklang der Musik im weitesten Sinne. Musikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, Komponisten, auch Solisten zählen zu den Mitgliedern in Berlin-Brandenburg. Den Hauptanteil aber bilden die Lehrkräfte an den Musikschulen, mitverantwortlich also für den Nachwuchs derjenigen, die auch in Zukunft unsere Welt durch schönen Klang bereichern. Damit sind wir bei den Problemen. Denn da größte Sparsamkeit angesagt ist in Stadt und Land, befindet sich erfahrungsgemäß alles rund um die Kultur in besonderer Gefahr. Musikschullehrerinnen und -lehrer in Berlin sind nur zu einem geringen Teil fest angestellt. In Brandenburg stellt sich die Lage etwas günstiger dar. Und: Wo ein Festangestellter entlassen wird, übernimmt ein Freier seine Aufgaben. Mit allen

Attributen Freiberuflicher, außer, dass ihnen ein bezahlter Urlaub gewährt wird, so sie arbeitnehmerähnlich sind. Ihre Existenzgrundlage hängt ab von der Anzahl ihrer Schüler und diese wiederum von der Zahlengröße derer, die an der jeweiligen Schule vermittelt werden können. Das freilich ist eine Frage der Finanzen. Kurzum – eine Fülle von Problemen, die auch der Gewerkschaft auf dem Tisch liegt. In diesem Fall auf dem von Fachbereichssekretärin Anke Jonas, die vorrangig in persönlichem Einsatz versucht, Beistand zu leisten, in Vertrags-, Honorarfragen und ähnlichem.

Bemühungen von ver.di erstrecken sich auf die Lösung eines Bildungsproblems, zu dem sich



kürzlich auch unser Präsident, Johannes Rau, besorgt geäußert hat. Der Musikunterricht an unseren Schulen ist mangelhaft, fehlt



Ulrike Koslowski, Schülerin der Städtischen Musikschule, erntete kürzlich in der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam verdienten Beifall für Stücke aus Debussys Zyklus „Childrens Corner“. Foto: Stiebitz

mitunter ganz. Nach Ansicht von ver.di könnte ein Zusammenwirken der künftigen Ganztagschulen mit der Musikschule Abhilfe schaffen.

All diese Fragen werden in der Fachgruppe lebhaft diskutiert. In öffentlichen Vorstandssitzungen, unter Vorsitz von Stefan Gretsche, selbst Musikschullehrer. Und, regelmäßig melden sich Mitglieder der Gruppe im „Sprachrohr“ zu Wort. „Bald noch politischer“ lautete in der vorigen Ausgabe der Titel des Berichts über den gelungenen Musikschultag im

Roten Rathaus, wo u.a. Senator Klaus Böger die Bedeutung der Musikschulen betonte und den Willen zu ihrem Erhalt bekräftigte. ver.di gehörte zu den Teilnehmern und informierte mit einem „Schüler-Eltern-Brief“ detailliert und mit aller Offenheit über das, was Interessenten wissen sollten. Bis zur Antwort auf die Frage: „Was passiert, wenn mein Musikschullehrer alt wird?“ – „Keine Sorge, er wird Sie weiter unterrichten, da die Rente sowieso nicht reichen wird.“

Eva Brillke

Kost wickelt Tanz ab

ver.di: Rücknahme der de-facto Kündigungen

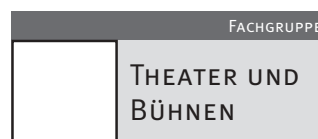
Der Intendant der Komischen Oper hat an alle 25 Mitglieder der Tanz-Compagnie seines Hauses Nichtverlängerungsmittelungen erteilt. Das bedeutet, dass es zum Ende der laufenden Spielzeit im Sommer 2004 kein eigenes Ballettensemble an dem traditionsreichen Haus mehr geben wird. Begründet wird der Schritt mit betriebsbedingten Umständen und der Umstrukturierung der Tanzensembles der Opernhäuser. Die de-facto-Kündigung wird möglich, da die Tänzerinnen und Tänzer vor mehr als einem Jahr – trotz energischer ver.di-Proteste – statt der bisherigen Normaltarif-Tanzverträge befristete NV-Solo-Verträge erhalten hatten.

Kulturpolitisch ist der Schritt der Intendant in mehrfacher Hinsicht dramatisch. Die Compagnie befand sich nach schweren Turbulen-

zen und Schließungsplänen in den vergangenen Jahren in einer Phase der Stabilisierung und zog in der vorigen Spielzeit 25 000 Ballettbesucher in ihren Bann. Die Strukturen einer künftigen Ballett-GmbH sind erst in der Diskussion. Da die Tanz-Compagnie der Opernstiftung jedoch aus den Ballettensembles aller Opernhäuser gebildet werden sollte, verbaut die Komische Oper ihren Tänzern so einen Weg dorthin. Das ist um so tragischer, da die zeitgenössische Balletttruppe der Komischen Oper ein spezifisches Profil bot. Dieses Element droht so aus dem bisher vielseitigen Tanzangebot der Opern gänzlich zu verschwinden, die rein klassische Ausrichtung der künftigen Ballett-GmbH wäre vorgegeben. ver.di fordert deshalb die Rücknahme der Nichtverlängerungen. **neh**

Anbindung wichtig

Protest gegen Gründung einer Ballett-GmbH

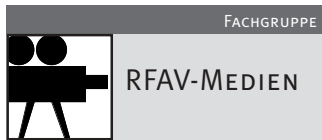


Die mit der Gründung einer Stiftung Oper in Berlin geplante Herauslösung der Ballettensembles aus dem künstlerischen Verbund mit den drei Opernhäusern und die Schaffung einer eigenständigen Ballett-GmbH hat die Fachgruppe Theater und Bühnen im ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg abgelehnt. „Eine Ballett-GmbH ohne Anbindung an ein Opernhaus, an ein Orchester und die gesamte Bühnenlogistik von Probensälen über Requisite und Beleuchtung bis Werkstätten würde die Tänzerinnen und Tänzer ihrer künstlerischen Wurzeln und Motivation berauben“, heißt es. Identität und

Tradition – das Ballettensemble der Deutschen Staatsoper hat eine 250jährige Geschichte – würden aufs Spiel gesetzt. Eine eigenständige Ballett-GmbH müsste Management- und Verwaltungsstrukturen aufbauen, was Mittel bindet. Statt dessen sei die „weitere sichere Anbindung eines Opernballettensembles an ein Opernhaus“ zu sichern. Die Truppe müsste mindestens 90 Mitglieder haben, um die an den hauptstädtischen Opern geplanten Ballettvorstellungen personell und in hoher Qualität absichern zu können. ver.di wäre unter diesen Voraussetzungen bereit, über einen effizienten neuen Tarifvertrag Tanz zu verhandeln und möchte tariflich absichern, dass die Tanzvorstellungen aller drei Häuser von diesem Ensemble bestritten werden könnten. **red.**

Übergangstarifvertrag für RBB unter Dach und Fach

ver.di-Vertreter mit den Vereinbarungen zufrieden



FACHGRUPPE

RFAV-MEDIEN

Am 28. August wurden Vertreter von ver.di und DJV endlich mit der Geschäftsleitung des Rundfunks Berlin-Brandenburg einig. Strittig bis zuletzt waren Vorruhestandsregelungen, der Umgang mit freien Mitarbeitern und die Angleichung der Tarife von SFB und ORB. Mit Wirkung vom 1. Oktober 2003 bis zum 31. Dezember 2004 tritt nun der Übergangstarifvertrag in Kraft. Betriebsbedingte Kündigungen sind für die Geltungsdauer ausgeschlossen.

Hanne Daum, Personalratsvorsitzende Berlin, ist insgesamt zufrieden mit der Lösung: „Die Einigung ist angesichts der schmerzlichen Einbußen, die die Gewerkschaften in der letzten Zeit bei den Tarifen im Öffentlichen Dienst hinnehmen mussten, keine Selbstverständlichkeit.“ Es sei gelungen zu verhindern, dass bei der Fusion die Rechte der Beschäftigten massiv abgebaut werden.

Lange verhandelt wurde über die Frage, wie mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Vergütungsgruppen A und B umzugehen sei, die am 1. Mai diesen Jahres das 57. Lebensjahr vollendet haben und deren Arbeitsplatz im Zuge der Fusion wegfällt. Nun gilt, dass sie nur dann einseitig in den Vorruhestand geschickt werden können, wenn ihnen vorher



Foto: transit/Polentz

Wranislaw Canak aus Belgrad (zweiter v. li.), Vorsitzender einer Medien-gewerkschaft, mit Dietrich Peters (ver.di, li.) am Modell des RBB-Berlin.

ein anderer, gleich bezahlter und zumutbarer Arbeitsplatz angeboten wurde. Alle Beschäftigten haben nach zehnjähriger Beschäftigung ab einem bestimmten Alter einen Anspruch auf Vorruhestand. Basis ist der letzte SFB-Vorruhestandstarifvertrag. Frauen ab

55 und Männer ab 58 können nun eher gehen – allerdings unter Einbußen für die Rentenhöhe.

Für die arbeitnehmerähnlichen Freien werden die Fristen für fusionsbedingte Beendigung der Tätigkeit verlängert. „Wir haben damit so etwas wie einen kleinen

Kündigungsschutz für die Freien erreicht“, sagt Daum. Bei auslaufenden Rahmentarifverträgen des ORB besteht innerhalb von zwölf Monaten Anspruch auf einen weiteren Rahmenvertrag von sechs Monaten oder eine entsprechende Verlängerung.

Positiv auch die Tatsache, dass alle Beschäftigten des ORB eine monatliche Gehaltszulage zwischen 70 und 160 Euro erhalten und die Vergütung der Azubis und der Volontäre auf SFB-Niveau angehoben wird. Bei Neueinstellungen soll das Standortprinzip gelten. Dennoch sei die jetzt geltende Zulagenregelung nur ein erster Schritt. Weitere Verhandlungen zur Tarifangleichung müssen folgen, erklärt die Personalratsvorsitzende. **uch**

Angleichung bleibt auf der Tagesordnung

N-TV

n-tv weiter ohne Tarifvertrag

Die dritte Runde der Haustarifverhandlungen für die Beschäftigten von n-tv ist in Berlin ergebnislos unterbrochen worden. Die Geschäftsführung machte das „Angebot“, für die Jahre 2004 und 2005 die Einkommen der Mitarbeiter von jetzt 13,7 Monatsgehältern auf 12 Monatsgehälter zu verringern. Besserverdienende waren schon für das laufende Jahr zu freiwilligem Gehaltsverzicht aufgefordert. Der dann generelle Einkommensverzicht sollte nur an die Versicherung des Managements gekoppelt werden, im Jahresdurchschnitt 2004 noch 70 Prozent der jetzt 240 Vollzeitstellen zu erhalten. Auch eine Standortgarantie für Berlin wurde nicht gegeben.

Die ver.di-Verhandlungskommission forderte zumindest 100prozentige Beschäftigungsgarantie und bemängelte, dass noch immer kein tragfähiges Sanierungskonzept für den Nachrichtensender vorgelegt worden sei. Der als Sanierer eingesetzte neue Geschäftsführer will im laufenden Jahr 15 bis 20 Prozent Personalkosten sparen und 2004 schwarze Zahlen schreiben.

Auf einer Belegschaftsversammlung am 30. September informierte ver.di über den unbefriedigenden Stand der Tarifverhandlungen und die Hintergründe. Der einhellige Tenor: Weiterer Verzicht kommt nicht in Frage. Und mit noch weniger Personal droht dem Sender ein Ende auf Raten. **neh**

ANZEIGE

Journalisten, Autoren, Künstler!

BERND HUBATSCHEK



Von der Gründung zur erfolgreichen selbständigen Existenz.
Wir beraten, begleiten und betreuen Sie:

- auf dem Weg in die Selbständigkeit, z. B. Gründung aus Arbeitslosigkeit/ABM (Antrag Überbrückungsgeld), Gemeinschaftsgründungen;
- bei der Fördermittelbeantragung, incl. fachlicher Stellungnahme;
- bei der Überprüfung Ihres Konzepts und der betriebswirtschaftl. Rahmenbedingungen;
- bei der KSK-Antragstellung und sozialen Absicherung;
- bei der Antragstellung für das Presseversorgungswerk

MEDIEN
KUNST
KULTUR
CONSULT

Gotlandstraße 7 · 10439 Berlin

Tel.: 030 / 44 65 08 10

Fax: 030 / 44 65 08 11

e-mail: MKKConsult@aol.com

Internet: www.MKK-Consult.de



LANDESBEZIRK

Medien Galerie: Die Galerieräume im Haus der Buchdrucker können wegen Strangsanierung voraussichtlich bis Ende November nicht für Veranstaltungen genutzt werden. Ausweichräume im 1. OG (Tel. 030/68 30 20 90).

JOURNALISMUS

Bundesdeutsche Presseausweise: Neuausstellung oder Verlängerung montags bis donnerstags von 8.30 bis 16.30 Uhr. (Tel: 0 30/ 86 31-24 20)

Presseausweis der IOJ: Jeden zweiten Dienstag im Monat von 13 bis 15 Uhr in der Köpenicker Str. 55, Zi. 11.17 im Container. E-mail: ioj_deutschland@yahoo.de

Journalistenstammtisch: Jeden vierten Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Cafe „Stresemann“ (Empore), Stresemannstr. 90, gegenüber Anhalter Bahnhof. Am 24. November: Droht Freiberuflern die Gewerbesteuer? (Gastreferent).

Journalistentag 2003: Am Vorabend, dem 28. November, treffen sich die Teilnehmer ab 19 Uhr zu einem gemütlichen Beisammensein im Restaurant „De Kölsche Römer“, Albrechtstraße 12/ Ecke Schiffbauerdamm, 1. Etage.

LITERATUR

„Berliner 10-Minuten-Geschichten“ – Lesung aus der vom Berliner VS im Jaron Verlag herausgegebenen Anthologie, am Montag, dem 20. Oktober, 19.30 Uhr, Literaturhaus Fasanenstraße 23, Großer Saal.

„Wider das Vergessen – wider die Gewalt“. Auftakt zu Schulleisungen aus Anlass der Reichspo-

FRAUEN-
STAMMTISCH

Der **Frauenstammtisch** des Fachbereiches 8 trifft sich ab sofort regelmäßig an jedem **3. Donnerstag** in ungeraden Monaten um 18 Uhr im „Casalot“, Claire-Waldoff-Str.5 (hinter Dreispitzpassage zwischen Friedrichstr. und Oranienburger Tor, U6)

gnomnacht am Freitag, dem 7. November, ver-di-Bundesverwaltung, Potsdamer Platz 10, 10785 Berlin, Saal Erdgeschoss. Es lesen: Dr. Rajko Djuric, Gerda Szepansky, Elfriede Brüning und Felix Huby. Moderation: Dorle Gelbhaar.

Berliner Märchentage 2003: Märchen, Musik und Wein aus Griechenland im „Terzo Mondo“, Grolmanstr. 28, am Sonntag, 9.11., um 19 Uhr. Gastgeber, Gesang und Musik: Kostas Papanastasiou, Märchen: Hans Häußler, Anm. verbindlich bis 30.10., tgl. ab 18 Uhr, im Terzo Mondo, Tel.: 88 15 261

VS-Stammtisch: Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, im „Terzo Mondo“, Grolmanstr. 28. Das „Terzo Mondo“ liegt zwei Minuten vom U-Bahnhof Uhlandstr. (U 15) entfernt und ebenso nur wenige Minuten vom S-Bahnhof Savignyplatz (zu erreichen mit der S 5, 7, 75, 9, 3).

Internationale Maßnahmen 2004: Interessenten bitte in der Geschäftsstelle melden: ver.di, Landesbezirk Berlin-Brandenburg, VS, Köpenicker Str.55, 10179 Berlin, Tel.: 030-86 31-24 03, E-mail: anke.jonas@verdi.de

RFAV MEDIEN

Berliner Kinostammtisch: Jeden 1. Montag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant „Götterspeise“ in der Neuköllner Oper, U-Bahnhof Karl-Marx-Str. (U7).

Stammtisch für Kleindarsteller: Jeden 1. Dienstag im Monat ab 18 Uhr am gleichen Ort.

KULTUR & BÜHNEN

Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands der Fachgruppe 10 finden alle drei Wochen statt. Rückmeldungen über die Teilnahme bitte rechtzeitig an Georgia Weiland (Tel. 86 31-24 12), damit stimmberechtigte Nachrücker eingeladen werden können. Nächste Termine: 3. November, 24. November (erweiterter Vorstand).

Theaterpädagogisches Fachforum Sichten V vom 6. bis 8. November im FEZ Wuhlheide. In diesem Jahr steht Erzähltheater im weitesten Sinne im Mittelpunkt. Informationen, Tagungsprogramm und Anmeldeunterlagen bei KinderMusikTheater e. V., Oranienstr.

19a, 10999 Berlin, Tel. 030/ 61 60 95 45, Fax: -44, E-mail: fachforum@kindermusiktheater-berlin.de

JUGEND

Medienjugend: Treff jeden ersten Mittwoch im Monat um 18 Uhr im Container des Gewerkschaftshauses, Köpenicker Str. 55.

BILDENDE KUNST

Seminar „Wie gehe ich mit Konflikten um?“ am 13. November 2003, ab 10.00 Uhr, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin. Anmeldungen bitte schriftlich bis 10.11.2003 an ver.di, Fachbereich 8/Bildende Kunst, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin, Fax: 030-86 31-29 24, E-mail: anke.jonas@verdi.de

AG AKTIVE ERWERBSLOSE

Die Erwerbslosen von ver.di Berlin treffen sich jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um 17.30 in der Köpenicker Str. 55. Ulla Pingel (Tel. 621 24 50) und Olaf Zygalsky (Tel. 782 13 34) sind ehrenamtliche Sprecher.

MUSIK

Wir arbeiten nicht im Verborgenen! Alle Mitglieder sind herzlich zu den Sitzungen des Landes- und Bezirksfachgruppenvorstandes Berlin-Brandenburg eingeladen! Die Vorstände tagen von 9.00 bis 12.30 Uhr, Köpenicker Str. 55, Raum 5.21, neue Termine unter Tel.: 86 31-24 02.

SEMINARE

Non Profit Radio: Bildungswerk, Hörfunkschule Berlin, Haus der Buchdrucker, Dudenstr. 10, 10965 Berlin. Informationen zu aktuellen Kursen: 030/68 30 20 90 oder unter: www.radiokurse.de.

Gesellschaft für innovative Bildung mbH (BSD) Berlin: Computerkurse sowohl an Abenden oder auch am Wochenende, Infos: 030/44 37 60, Fax: 030/9 25 38 31, E-Mail: info@bsd-berlin.de.

SENIOREN

ADN-Senioren: Am letzten Montag jedes Monats um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206.

„Alte-Barden-Runde“: Jeden zweiten und vierten Mittwoch im

VER.DI
IM INTERNET

<http://www.bb-verdi.de>

**Gewerkschaftshaus
Medienfachbereich**
Köpenicker Str. 55
10179 Berlin
Tel. 030/86 31-0

Monat um 15 Uhr im Restaurant „Alt-Tempelhof“, Alt-Tempelhof 46, 12103 Berlin.

Seniorengruppe Funkhaus: Mitgliederversammlung am 19. November, 14 Uhr, im Funkhaus Nalepastraße, Sendesaal Block B, Thema: siehe „Seniorenecho“.

Gerhart-Eisler-Kreis: Lesung mit Gisela Steineckert und Gespräch am 26. November, 14 Uhr, Raum 505, Block A, 5. Etage.

Weihnachtsfeier am 4. Dezember, um 14 Uhr, im „Springbornclub“, Springbornstraße 13 (ab S-Bahnhof Schöneweide mit Bus 160 bis Gartenweg).

Sprachrohr 6/03

erscheint am 22.12.03
Redaktionsschluss am 1.12.03

Impressum

Sprachrohr – Informationen für ver.di Mitglieder in Berlin-Brandenburg
Herausgeber: ver.di Fachbereich 8 Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion Berlin-Brandenburg.
Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich). Anschritt von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin. Tel: 030/86 31-0.
Redaktionelle Betreuung: Helma Nehrlich, transit berlin. pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/61 30 96-64, Fax: 030/61 30 96-66.
Gestaltung, Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 030/61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de
Anzeigenannahme: Agentur Adolph, Am Friedrichshain 22, 10407 Berlin, Tel: 030/5 66 57 53, Fax: 030/5 66 57 54
Druck: Tribüne Druck-GmbH, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin.
Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint sechsmal im Jahr, Bezugspreis 5,- Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an: ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin

Straße _____

Ort _____

Bemerkungen _____

ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin
Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Abo** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 5,00 €. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin.

In einer Klage vor dem Bundesarbeitsgericht (BAG) wurde 17 ver.di-Kollegen Recht gegeben, die von ihrem Arbeitgeber die Entfernung von Abmahnungen aus ihren Personalakten verlangten. Der Arbeitgeber, ein Druckhaus, ist nicht Mitglied in einem Arbeitgeberverband. Bereits 1982 schloss er mit der IG Druck und Papier einen Firmentarifvertrag ab. Nach Inhalt des Tarifvertrages sollten die jeweils geltenden Verbandstarifverträge der Druckindustrie in der aktuellen Fassung angewendet werden. Im Rahmen eines Arbeitskampfes um einen neuen Verbandstarifvertrag im Frühjahr 2000 rief die IG Medien auch die Arbeitnehmer des Druckhauses zu einem, ihrer Ansicht nach zulässigen, Streik auf. Der Arbeitgeber drohte indessen mit rechtlichen Konsequenzen, da er einen Arbeitskampf gegen ihn, als Nichtmitglied eines Arbeitgeberverbandes, für illegal erachtete. Schließlich kam es während einer Nachtschicht zu einer Ar-

Abmahnung muss weg!

Arbeitgeber muss wegen Streiks erteilte Abmahnungen aus den Personalakten wieder entfernen

beitsniederlegung. Der Arbeitgeber erteilte den streikenden Kollegen deshalb Abmahnungen.

Das BAG hatte demzufolge über die Rechtmäßigkeit der Arbeitskampfmaßnahmen zu befinden. Die Frage, ob ein nicht

Für die eigene
Sache gestreikt

verbandsangehöriger Arbeitgeber überhaupt durch die Gewerkschaft in eine Verbandsauseinandersetzung einbezogen werden dürfe, stand dabei im Mittelpunkt. Grundsätzlich konnte das Gericht in einem derartigen Streik keine unzulässige Maßnahme

erkennen, solange der Firmentarifvertrag lediglich pauschal – wie hier der Fall – auf den Verbandstarifvertrag verweist. Denn die Partizipation am Ergebnis des Verbandstarifvertrages ist grundsätzlich geeignet, die Einbeziehung eines Arbeitgebers in den Verbandsarbeitskampf zu rechtfertigen, so das BAG. Die Kläger hätten daher auch für ihre eigenen Arbeitsbedingungen gestreikt.

Darüber hinaus war strittig, ob der Arbeitskampf die tarifvertragliche Friedenspflicht verletzt hat. Die Friedenspflicht soll während der Laufzeit eines Tarifvertrages Streiks ausschließen. Ein Verstoß wäre allerdings nur zu bejahen

gewesen, wenn für den Betrieb des Arbeitgebers ein verbindlicher Tarifvertrag vorgelegen hätte.

Da hier jedoch der Firmentarifvertrag keine eigenständigen Regelungen enthielt, sondern nur pauschal auf den Verbandstarifvertrag verwies, endete, so das Gericht, mit Ablauf des Verbandstarifvertrages auch die firmentarifvertragliche Friedenspflicht. Somit war der Streik zulässig. Im Ergebnis schloss sich das BAG damit der Sichtweise der Gewerkschaft an. Folglich wurde der Arbeitgeber verpflichtet, die Abmahnungen aus den Personalakten zu entfernen. (Az: BAG 1 AZR 142/02)

Johannes Heuschmid

„Waffengleichheit“ anstreben

Betriebsrat darf Intranet zur Informationsverbreitung nutzen

Nach einer Entscheidung des Landesarbeitsgerichts (LAG) Schleswig-Holstein ist ein Arbeitgeber verpflichtet, dem Betriebsrat die Nutzung des Intranets zur Erfüllung seiner gesetzlichen Informationspflichten zu gestatten. Dem Gerichtsbeschluss lag ein Streit zwischen Betriebsrat und Arbeitgeberin über die Veröffentlichung von Ergebnissen einer betriebsinternen Umfrage auf den betriebsratseigenen Intranetseiten zugrunde. Bis zu diesem Zeitpunkt war das allen Arbeitnehmern zugängliche Intranet von Geschäfts-

leitung und Betriebsrat schon seit längerem komplikationslos zur betriebsinternen Kommunikation genutzt worden. Die Auseinandersetzung entzündete sich daran, dass die Geschäftsleitung die Veröffentlichung der Umfrageergebnisse aus dem Intranet eigenmächtig entfernen ließ und zugleich die künftige Nutzung des Intranets durch den Betriebsrat untersagte. Nach den Vorstellungen der Arbeitgeberin sollte der Betriebsrat zur Umsetzung seiner Informationsaufgabe die „Schwarzen Bretter“, die Mitarbeiter-Rundschrei-

ben sowie notfalls die Sprechstunden nutzen. Das Gericht hatte nun zu entscheiden, ob die Nutzung des Intranets durch den Betriebsrat für diesen ein erforderli-

Schwarze Bretter sind
vorsintflutlich

ches, vom Arbeitgeber zu stellendes Sachmittel im Sinne des § 40 II Betriebsverfassungsgesetz ist. Das LAG bejahte die Erforderlichkeit vor allem mit Hinweis auf die Kostenneutralität für den Arbeit-

geber. Ferner sei die „Vorsintflutartigkeit“ konventioneller Medien wie „Schwarze Bretter“ oder Rundschreiben zu berücksichtigen, so das Gericht. Hinzu komme, dass es die „Waffengleichheit“ gebiete, dem Betriebsrat die Nutzung des Intranets zu ermöglichen. Darüber hinaus sah das LAG in der eigenmächtigen Entfernung der Beiträge des Betriebsrates durch den Arbeitgeber eine grobe Pflichtverletzung, aus der sich ein Unterlassungsanspruch gegen künftige Zensurversuche ergibt. Die von der Arbeitgeberin gegen die Entscheidung des Landesarbeitsgerichtes eingelegte Beschwerde wurde inzwischen letztinstanzlich vom Bundesarbeitsgericht zurückgewiesen. (Az: BAG 7 ABR 12/03)

Jo